

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

15.11.1932 (No. 268)

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verlagsort: Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 14

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: C. Amenb, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 16 Reichspfennig. Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite.

Der neue französische Plan
Einschränkungen für Deutschland

Der neue französische Sicherheits- und Abrüstungsplan ist Montag nachmittag der Abrüstungskonferenz in Genf überreicht und veröffentlicht worden.

Der „Angreifer“ soll offenbar durch die Völkerbundstreitkräfte solange in Schach gehalten werden, bis der Völkerbund den Vertragsbuch festgelegt hat, was mit Stimmenmehrheit geschehen muß, worauf dann Wirtschaftsladung und Inangabeung des Art. 16 der Völkerbundsatzung zu spielen beginnen.

Die militärischen Bestimmungen entsprechen im großen und ganzen dem, was bereits verlautbart wurde. Es gibt in jedem Lande die aus Berufsjudaten bestehende kleine Stoßarmee zur ersten Hilfeleistung für den Angegriffenen, die zur Verfügung des Völkerbundes stehen soll.

Die Milizen sollen keinerlei schweres oder weittragendes bewegliches Material besitzen. Seine Fabrikation soll kontrolliert und Schritt für Schritt international vereinheitlicht werden.

Gemeinden und Hilfsbedürftigkeitsprüfung

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge teilt uns folgende Entschliessung seines Vorstandes, der am 11. November in Frankfurt a. M. zusammengetreten ist, mit:

„In den Teilen der deutschen Tagespresse sind in den letzten Tagen Abhandlungen veröffentlicht worden, die sich mit der durch die Notverordnung vom 15. Juni dieses Jahres den Gemeinden übertragenen Durchführung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenfürsorge befassen, und die auf Grund einer Reihe von Einzelbeispielen zu dem Ergebnis gelangen, daß die Gemeinden diesen Aufgaben in keiner Weise gewachsen seien.“

Ohne im einzelnen schon jetzt zu dem mitgeteilten Material Stellung nehmen zu können, erhebt der Vorstand des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge entschiedenen Widerspruch dagegen, daß auf Grund eines in einer Übergangszeit von wenigen Wochen zusammengetragenen Materials die öffentliche Meinung in einer den wirklichen Verhältnissen durchaus nicht gerecht werdenden Weise gegen die zur Zeit vor schwersten Aufgaben stehenden Fürsorgeverbände eingenommen wird.

Wenn wirklich in den letzten Monaten Mängel vorgekommen sein sollten, so liegt der Grund in einer systematisch verfehlten Regelung der Arbeitslosenhilfe, vor der die Nachweise der Fürsorge von Anfang an gearbeitet haben. Hinzu kommen die Fehler der Übergangsregelung, die den Gemeinden übertragen, innerhalb weniger Wochen mehr als 2 Millionen Fälle nachzuprüfen.

Die aus der genannten Denkschrift ersichtliche einseitige Kritik der gemeindlichen Fürsorge muß den Eindruck der Voreingenommenheit erwecken, weil sie jede Berücksichtigung der in der Sache selbst liegenden Schwierigkeiten vernachlässigt, die erreichten finanziellen, auf diese Millionen zu schätzende Ergebnisse übergeht und das Wesen der Fürsorge verkümmert. Sie ist daher durchaus ungeeignet, die seit Jahren dringende, durchgreifende Reform der Arbeitslosenfürsorge, insbesondere der Fürsorge für die Arbeitslosenverbände einer Lösung entgegenzuführen. Der Vorstand erhebt erneut die Forderung, sobald die Reform der Arbeitslosenfürsorge unter Befestigung der heute noch bestehenden Zersplitterung durchzuführen.“

Letzte Nachrichten

Keine Subventionen für die Rheinschiffahrt

Der Standpunkt des Reichsverkehrsministers

WVB. Berlin, 15. Nov. (Tel.) Im Laufe der öffentlichen Erörterungen zur Behebung der Notlage der Rheinschiffahrt ist auch der Gedanke aufgetaucht, finanzielle Hilfe des Reiches in Anspruch zu nehmen.

Dieser Gedanke ist undurchführbar. In einem Rundschreiben des Reichsverkehrsministers an die Regierungen der Länder ist zur Unterrichtung der Rheinschiffahrtstreibenden ausdrücklich darauf hingewiesen, daß angesichts der Finanzlage des Reiches auf eine Unterstützung der Rheinschiffahrt oder auch nur der Parafikulare durch Geldmittel des Reiches nicht gerechnet werden kann.

Der deutsche Außenhandel im Oktober

84 Millionen Reichsmark Ausfuhrüberschuss

WVB. Berlin, 15. Nov. (Tel.) Im Oktober haben Einfuhr (398 Millionen Reichsmark) und Ausfuhr (482 Millionen Reichsmark) um den gleichen Betrag von 38 Millionen Reichsmark zugenommen. Dem Werte nach bedeutet dies für die Einfuhr eine Zunahme von 10 1/2 Proz., für die Ausfuhr um 8 1/2 Proz.

Infolge der Zunahme von Einfuhr und Ausfuhr um den gleichen Betrag beträgt der Ausfuhrüberschuss wie im September 84 Millionen Reichsmark und beziffert sich für die rückliegenden zehn Monate dieses Jahres auf 930 Millionen Reichsmark.

An der Mehrzufuhr sind mit 31 Millionen RM. ausschlaggebend die Fertigwaren beteiligt. Der Auslandsabsatz deutscher Waren konnte im Oktober nach fast allen Absatzgebieten gesteigert werden, insbesondere auch nach den überseeischen Ländern.

Reichsbauarbeiten für Eigenheime

WVB. Berlin, 15. Nov. (Tel.) Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung ist, wie der Öffentlichkeit bereits bekannt ist, auch die Förderung des Eigenheimbaues vorgesehen. Die Reichsregierung will mit dieser Aktion den gesunden Zug zum Eigenheim vorwärts treiben.

Die Moratoriumserfahrungen an Amerika

Der amerikanische Schatzkanzler erklärt sich nicht für zuständig

WVB. Washington, 15. Nov. (Reuter.) Der republikanische Schatzkanzler Ogden Mills, der Nachfolger Weltons, hat heute erklärt, die Gewährung eines Zahlungsaufschubes für die am 15. Dez. fälligen Zinsen für Kriegsschulden sei nicht Sache der Exekutive.

Die „Karlsruhe“-Mannschaft in Amerika

WVB. Newark (New York), 15. Nov. (Tel.) Der Besuch der „Karlsruhe“ erweckte hier großes Interesse und höchste Begeisterung. Die Blätter bringen ausführliche Bilderberichte. Tausende von Menschen besuchten den Kreuzer. Die Mannschaft der „Karlsruhe“ wird überall aufs herzlichste begrüßt. Die Parade, die die Mannschaft im Oze Stenben zusammen mit amerikanischen, deutschen und englischen Kriegsteilnehmerorganisationen sowie mit der Artillerieabteilung von New Jersey und der Staatsmiliz abhielt, wurde von annähernd 50 000 Zuschauern bejubelt.

Reichskanzler v. Papen ist nach seinem Staatsbesuch in Dresden, Montag, spät abends, nach Berlin zurückgekehrt. Am Freitag besucht er mit dem Reichsverkehrsminister Graf v. Helldorf die württembergische Regierung.

Der neue deutsche Botschafter in Paris, Köster ist dort Montagnachmittag eingetroffen.

* Des Kanzlers neueste Rede

Reichskanzler von Papen hat gestern bei seinem Besuch in Dresden mehrere Reden gehalten. Sie verdienen aus dreierlei Gründen Aufmerksamkeit. Erstens ist es die ruhige und entgegenkommende, jede weitere Zuspitzung bewußt vermeidende Tonart seiner Ausführungen, die auffallen muß.

Herr von Papen hat sich und sein Kabinett auch gestern wieder als streng föderalistisch bezeichnet und betont, er und seine Mitarbeiter in der Reichsregierung „wünschten nichts ernstlicher, als in enger persönlicher Fühlung mit den Ländern das kulturelle und wirtschaftliche Eigenleben der deutschen Bundesstaaten zu fördern; die tätige Mitwirkung der Länder bei der Lösung des Problems der Reichsverfassung sei deshalb eine Selbstverständlichkeit“.

Diese Sätze sollen offenbar eine Antwort sein auf die gestern an dieser Stelle von uns besprochene Resolution des Reichsrats. Der Reichskanzler erklärt also, daß er Hand in Hand mit dem Reichsrat, mit den Ländern an die Lösung der Reichsreform herangehen will.

Es wäre erfreulich, wenn der Reichskanzler sich in den letzten Wochen davon überzeugt hätte, daß die damals angewandte Methode unzuverlässig ist und Staat und Volk nur noch tiefer in die politische Krise hineintreibt.

Nach an den anderen Stellen seiner Reden hat Herr von Papen betont, die „Reichsregierung habe niemals im Sinne gehabt, die Mitwirkung des Volkes an den Geschicken des Landes in irgend einer Weise auszuschalten“, es sei im Gegenteil die Absicht der Reichsregierung, die Mitwirkung der breiten Massen des Volkes zu ermöglichen und zu diesem Zweck eine neue und bessere konstitutionelle Basis zu schaffen.

Wenn der Reichskanzler mit diesen Worten neben dem Reichsrat nun auch das Parlament zur Mitarbeit aufruft, und zwar zur Mitarbeit an einem Werk, das erst geschaffen werden soll, dann wird man einen solchen Aufruf sicherlich nicht überhören. Bisher mußte man den Eindruck haben, daß die Absicht besteht, notverordnungs-gemäß neue, konstitutionelle Tatsachen zu schaffen, ohne dabei die verfassungsrechtlich notwendige Mitarbeit von Reichsrat und Reichsparlament in Anspruch zu nehmen.

Wenn der Reichskanzler versichert, die Mitwirkung des Volkes an den Geschicken des Landes dürfe unter keinen Umständen ausgeschaltet werden, dann wird er damit sicherlich auch das Recht der preussischen Bevölkerung anerkennen, durch seine verfassungsmäßige Vertretung, also durch den Landtag und die von ihm gebildete Regierung, das zu beschließen, was es selbst für zweckmäßig hält.

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 37. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

